



„Drohung ist keine Meinung“

Justizministerin Lambrecht über Hassrede im Netz

Frau Lambrecht, am 3. April ist das Gesetz gegen Hasskriminalität in Kraft getreten – Ihr Herzensprojekt und ein Schlusspunkt nach einer langen Hängepartie. Sind Sie erleichtert?

Ja. Wir müssen die Spirale von Hass und Gewalt stoppen, die im Netz beginnt und in schrecklichen Verbrechen wie in Halle und Hanau enden kann. Rassismus, Antisemitismus, Hetze gegen Politikerinnen und Politiker, Journalisten oder Wissenschaftler – all das ist in der Pandemie oft noch aggressiver als zuvor. Dem schauen wir nicht zu, sondern wir handeln.

Was erhoffen Sie sich von dem Gesetz?
Ab jetzt können Polizei und Justiz sehr viel entschiedener gegen menschenverachtende Hetze vorgehen. Künftig müssen soziale Netzwerke Mord- oder Vergewaltigungsdrohungen nicht mehr nur löschen, sondern auch dem Bundeskriminalamt melden. Das wird zu schnellen und konsequenten Ermittlungen gegen Hetzer führen – bevor aus ihren Worten Taten werden.

Aber was ist Hassrede eigentlich?
Wir konzentrieren uns auf strafbare Hasskriminalität. Da geht es um Bedrohungen, Beleidigungen oder Volksverhetzungen. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Straftaten müssen hier genauso verfolgt werden können wie in der analogen Welt.

Warum sind Hassreden eine Gefahr für die Demokratie?

Weil Drohungen und Diffamierungen zu einem Klima der Angst führen. Immer mehr Menschen ziehen sich zurück. Viele wollen sich in sozialen Netzwerken nicht mehr politisch äußern. Was dort beginnt, setzt sich fort bei der Frage, wer überhaupt noch bereit ist, für einen Stadt- oder Landrat zu kandidieren. Viele sagen: Die Anfeindungen gegen mich und meine Familie tue ich mir nicht mehr an.

Gehören nicht auch Äußerungen, die einsetzen, zu einer freien Gesellschaft?

Die Meinungsfreiheit reicht aus guten Gründen sehr weit: Protest, Provokationen und scharfe Auseinandersetzung, all das gehört zur freien Debatte. Aber Einschüchterung und Gewalt nicht.

Letztlich ist Hass ein Gefühl. Macht es Sinn, rechtlich dagegen vorzugehen?

Sehr häufig sind es menschenverachtende Ideologien, die zu Hass und Gewalt führen. Wenn die Grenze zur Strafbarkeit überschritten ist, muss der Staat eingreifen. Als Gesellschaft sind wir gefragt, gegenzuhalten und uns mit denen solidarisch zu zeigen, die angegriffen werden.

Manche Experten sprechen heute von der „neuen Lust auf Strafe“. Mehr Härte – ist das der richtige Weg?

Es geht nicht um besonders harte Strafen, sondern um das Setzen von Grenzen. Es muss jedem klar sein, dass eine Morddrohung keine Meinungsäußerung ist, sondern eine Straftat, die Konsequenzen hat.

Frau Lambrecht, Sie treten bei den Herbstwahlen nicht mehr an. Ist Ihnen in den vergangenen 23 Jahren als Bundestagsabgeordnete viel Hass begegnet?

Ich bekomme viele Drohungen. Der Hass, gerade auf Frauen, die Politik machen, ist in den letzten Jahren sehr viel schlimmer geworden. Aber ich ziehe mich nicht deshalb aus der Politik zurück. Nach 23 Jahren ist Zeit für Neues. Und darauf freue ich mich.

Die Fragen stellte Aleksandra Lebedowicz.



SOPHIA WETZKE, RBB

Als für mich klar war, dass ich die düstere Geschichte im Berliner Kunst-Untergrund intensiver verfolgen möchte, habe ich die mir nahestehenden Menschen vorab gewarnt, dass sich die Gespräche des kommenden Jahres nun sehr wahrscheinlich fast ausschließlich um dieses Thema drehen werden. Man bekommt eben doch einen sehr fokussierten Tunnelblick, liegt nachts wach, überlegt, alles hinzuschmeißen. Es ist dann unglaublich viel wert, Freundinnen Nachrichten schreiben zu können oder der Person, die nachts neben einem liegt, flüsternd von diesen Zweifeln erzählen zu können. Apropos Nachrichten: Messengerdienste haben sich bei mir zum festen Recherche-Werkzeug etabliert. Ein großes Danke also an mein unterstützendes Umfeld – und ein kleines Extra-Danke an den Menschen, der sich Sprachnachrichten ausgedacht hat. Ausgesprochen praktisch für das auditive Medium Radio und Podcast.



LISA WANDT, URSEL SIEBER, MARKUS POHL, RBB

Unser Thema „Markt macht Medizin“ ist durch Corona stärker in den Fokus gerückt. Die Pandemie hält uns den Spiegel vor. In den Kliniken stehen tausende Intensivbetten als Reserve herum – deren Anschaffung ist 2020 von der Politik mit mehr als 600 Millionen Euro gefördert worden. Doch man kann sie nicht benutzen, weil Schwestern und Pfleger fehlen. Dieser Personalmangel zeichnet sich seit Jahren ab – durch die Einführung von Markt und Wettbewerb in die Krankenhäuser vor gut 20 Jahren. Wir würden uns wünschen, dass dieser Zusammenhang stärker thematisiert wird.



SEBASTIAN LEBER, TAGESSPIEGEL

Wer kritisch über Rechtsextreme, Verschwörungsgläubige und Reichsbürger berichtet, ist Angriffe und Drohungen gewohnt. Während der Pandemie hat dies aber neue Ausmaße erreicht. Die Einschüchterungsversuche finden physisch wie virtuell statt. Über Telegram organisieren selbsternannte „Querdenker“ Treibjagden auf einzelne Journalisten; die Redaktionen werden dann gezielt mit Wutmails, Anrufen und Homepage-Kommentaren bombardiert. Ich selbst wurde als Fälscher, Betrüger, Denunziant, Hassprediger, Stalinist, Blockwart, Pädophiler sowie Geheimagent diffamiert. Da ist es ein enormes Glück, wenn man sich auf seine Chefs und Kollegen verlassen kann. Wenn man sich nicht sorgen muss, ob einer, und sei es unterbewusst, vielleicht irgendetwas von dem Unsinn glaubt. Und wenn man im Gegenteil ermuntert wird, seine Arbeit einfach genauso fortzusetzen. 2020 hat mir gezeigt, welches Privileg es ist, im Ernstfall nicht allein dazustehen.

Die Unbeirrbareren

THEMENSPEZIAL Beim Journalistenpreis „Der lange Atem“ werden am heutigen Abend hartnäckige Recherchen prämiert. Hier erzählen die Nominierten, wie Corona ihren Job verändert



JONATHAN SACHSE, HAJO SEPPELT, CORRECTIV/ARD

Die Recherche zum Schmerzmittelmissbrauch im Fußball konnte nur mit viel Teamwork gelingen – in einer Kooperation von Correctiv, der ARD-Dopingredaktion und der Potsdamer Produktionsfirma Eye-Opening Media. Wir sind dankbar, dass wir in Medienhäusern arbeiten, die Zeit geben für aufwändige Recherchen. Unsere Publikationen führten zu mehreren Konsequenzen: Der Deutsche Fußball-Bund integrierte die Aufklärung zum Schmerzmittelmissbrauch in die Trainerausbildung. Die Nationale Anti-Doping-Agentur wertete als Reaktion auf die Recherche erstmals mit konkreten Zahlen aus, wie flächendeckend Schmerzmittel in sämtlichen Ligen des deutschen Profifußballs eingesetzt werden und analysierte tausende Tests. Das Fazit: Die Ergebnisse seien „alarmierend“. Wir werden sehen, ob unsere Recherchen einen Wandel bewirken – und bleiben am Thema Doping dran.



JOHANNES BÖHME, SZ

Wie recherchiert man in Zeiten der Pandemie? Ich habe nicht den Eindruck, dass sich etwas fundamental geändert hat – nur, dass Schwächen und Stärken jetzt deutlich zu Tage treten. Einige Wissenschaftsjournalisten liefern Meisterleistungen ab. Aber es zeigt sich auch, was fehlt: Zum Beispiel Journalisten, die Statistiken kompetent interpretieren können; solche die auch den Methoden-Teil in Artikeln in „The Lancet“ noch verstehen. Es ist auch kein Wunder, dass die Boulevardmedien in der Pandemie noch mehr irrlichtern als ohnehin schon. Die Krise legt offen, was bereits im Argen lag.



VIKTORIA MORASCH, TAZ

Meine Recherchen zu #MeToo konnte ich zum Glück auch während der Pandemie fortsetzen. Zuletzt recherchierte ich im Umfeld der Berliner Volksbühne. Die Gespräche mit den Betroffenen liefen über Video und Telefon. Ich hatte das Gefühl, sie mussten mir gegenüber noch mehr Vertrauen aufbringen, weil wir uns nicht treffen konnten. Dafür bin ich sehr dankbar. Der Vorteil eines langen Atems ist, dass eine Geschichte oft die nächste ergibt. Ich gehe davon aus, dass MeToo-Fälle in jeder Branche zu finden sind. Die Kunstwelt aber bietet, glaube ich, besonders gute Bedingungen für jegliche Form von Missbrauch. Auch die Fallhöhe ist größer: Die Berlinale und die Volksbühne sind nur zwei Beispiele, bei denen sich zu prüfen lohnte, ob der Anspruch, politisch progressiv und feministisch zu sein, auch wirklich eingehalten wird.



GABRIELA KELLER, KAI SCHLIETER, BERLINER ZEITUNG

Die Pandemie wirkt als Druckverstärker von Entwicklungen, die sich seit Längerem abzeichnen: Fallende Werbeeinnahmen und sinkende Auflagen führen dazu, dass viele Zeitungen aufwendige Recherchen nicht mehr leisten können. Allein aus wirtschaftlicher Sicht ist es also sinnvoll, Ressourcen zu bündeln. Die aktuell brisanten Nachrichten erfordern eher Teamwork als Konkurrenz – ob die Korruptions-Affäre der Union oder der Wirecard-Skandal: Der Reporter als Einzelkämpfer dürfte gegen die Komplexität dieser Themen kaum ankommen, umso weniger in einer Branche, deren Kapazitäten von Stellenabbau und Kürzungen aufgerieben werden.

ANDREA BACKHAUS, ZEIT ONLINE

Seit fast zehn Jahren herrscht Krieg in Syrien, und seit fast zehn Jahren berichte ich darüber. Die Grausamkeiten abzubilden, die von allen Kriegsparteien begangen werden, ist verstörend – aber unsere Pflicht. Ich war in den überfüllten Lagern in Jordanien und Libanon, Irak und der Türkei, um den Überlebenskampf der Vertriebenen zu dokumentieren. In Kairo, wo ich einige Jahre lebte, schrieb ich über die Stigmatisierung, mit der viele Geflüchtete konfrontiert waren. Ich sprach mit Syrern und Syrerinnen über ihre seelischen Wunden, die sie auch im Exil in Europa in sich tragen. Seit einigen Monaten lebe ich im Libanon und versuche von dort aus, über die anhaltenden Gräueltaten zu berichten. Auch wenn die Pandemie das Recherchieren vor Ort erschwert, bleibt das für uns Journalisten unerlässlich: Augenzeugen zu sein und jenen eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden. Damit können wir die Schrecken des Krieges nicht beenden. Aber es kann niemand sagen: Wir haben nichts davon gewusst.



ERNST-LUDWIG VON ASTER, DLF KULTUR

Kloster Veßra, ein 300-Seelen-Ort in Thüringen. Tommy Frenck, „Aryan“-Tattoo am Hals, räsioniert über den rechten Weg. Vor mehr als zehn Jahren bewarb er sich mit seiner ultrarechten Sportgemeinschaft um Fördergelder. Heute ist Frenck Kneipenbesitzer und Kreistagsmitglied. 2017 organisierte er im Nachbarort Themar das größte Neonazi-Konzert der Republik. Eine rechtsextreme Karriere rund um eine Dorfkneipe... Wer über diesen Wandel berichten will, braucht Geduld. Eine engagierte Redaktion im Rücken. Und einen langen Atem.

ANZEIGE

Partner des DJV-Berlin – Journalistenverband Berlin-Brandenburg beim „Langen Atem“ sind:



Gut für Berlin.
Seit 1818.

DAIMLER



Berliner Stadtreinigung



Der lange Atem

JOURNALISTENPREIS FÜR
BERLIN-BRANDENBURG

2020/21

www.djv-berlin.de

@DJV_JVBB

@DJV_JVBB

info@djv-berlin.de

Die Veranstaltung wird heute ab 18 Uhr von ALEX Berlin live via Kabel, im Webstream auf www.alex-berlin.de/tv/livestream sowie auf YouTube und Facebook übertragen